

Stellungnahme der Freien Wähler Albstadt zum Haushaltsentwurf 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Konzelmann, Herr Erster Bürgermeister Hollauer, Herr Finanzbürgermeister Mall, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, meine Damen und Herren,

„Wellenbrecher“ ist das Wort des Jahres 2021. Die Gesellschaft für Deutsche Sprache entschied sich für diesen Begriff, vor „Booster“ und „Impfpflicht“. Bei der Aktion werden Wörter oder Redewendungen ausgesucht, die das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eines Jahres sprachlich ganz entscheidend beeinflusst haben. Sieben der zehn Wörter auf der Liste stehen in diesem Jahr in Verbindung mit der Pandemie.

Mit Wellenbrechern haben wir im Leben vor Corona Maßnahmen im Küstenschutz und Schiffbau verbunden, Booster waren für uns Leistungsverstärker, Impfpflicht für Masern haben wir in der Regel ohne größere Diskussionen akzeptiert und entsprechende Nachweise für unsere Kinder in Kindergärten oder Schulen abgeliefert. Jetzt steht der Begriff Wellenbrecher für Maßnahmen und Personen, die die 4. Corona-Welle brechen sollen, die uns aktuell überrollt. Mit Booster verbinden wir die Hoffnung, dass uns die 3. Impfung die rettende Immunität bringt, die Diskussion um Impfpflicht eskaliert und spaltet die Gesellschaft.

Es ist nun das zweite Jahr in Folge, dass die Corona-Pandemie unseren ganz persönlichen Alltag, die öffentlichen Debatten und damit auch unsere Sprache dominiert. Der Umgang mit der Pandemie und ihrer Folgen hat uns in jeder Gemeinderatssitzung beschäftigt und wird sich auch in den heutigen Haushaltsreden widerspiegeln.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 ist ein umfangreiches Zahlenwerk, dennoch enthält er viele Unbekannte. Das liegt nicht daran, dass Sie, Herr Pannewitz, und Ihr Team nicht genau gearbeitet hätten. Es sind vor allem zwei Punkte, die uns zu diesem Schluss kommen lassen:

Zum einen ist die in den vergangenen Monaten mehrfach geäußerte Behauptung, dass wir dank der Zuschüsse von Land und Bund „... mit einem blauen Auge...“ durch die Krise gekommen wären, sehr gewagt und kurzfristig gedacht. Die mittel- und langfristigen finanziellen Auswirkungen kann niemand absehen, da wir ja nicht einmal den weiteren Verlauf und die Dauer der Pandemie einschätzen können. Daher sind auch Konjunkturprognosen schwierig. Und letztendlich muss die Refinanzierung der Ausgleichszahlungen vom Steuerzahler und auch von den Kommunen geleistet werden.

Zum anderen kommt ein Aspekt in der Aufstellung nur begrenzt zum Tragen, nämlich die versteckten Schulden durch den immensen Investitionsstau, dessen Bewältigung und Kosten uns in den nächsten Jahren einholen werden, auch wenn im aktuellen Haushalt ein Investitionsvolumen von rund 28,5 Millionen Euro eingestellt ist.

Das Investitionspaket macht unsere Schwerpunkte deutlich: 7,7 Millionen Euro sind für Schulen vorgesehen, 2,1 Millionen Euro gehen in den Ausbau der Kinderbetreuung, 2,3 Millionen Euro in Stadtsanierung. Die größten Projekte bleiben das Schulzentrum Lammerberg mit einem Gesamtvolumen von 55 Millionen Euro und die Sanierung der Kläranlage mit 25 Millionen.

Trotz des geplanten Investitionsvolumens können viele Aufgaben nicht angegangen oder abgearbeitet werden. Der marode Zustand vieler Gebäude erfordert jedoch eine Entscheidung über die Hallenkonzeption, damit Lösungen für Schul- und Vereinssport gefunden werden. Auch unsere Orchester und andere kulturtreibende Vereine brauchen einen Ort für Proben und Aufführungen. Letztendlich müssen wir auch darüber diskutieren, ob, wo und wie wir eine Kulturhalle planen können. Eine Lehre sollten wir aus dem baulichen Zustand unserer Hallen ziehen: Die baufällige Schlossberghalle führt uns vor Augen, dass der Preis für billiges Bauen hoch ist. Die benachbarte Sporthalle der Hohenbergschule wurde damals nachhaltiger gebaut. Der Wegfall der Schlossberghalle zwingt uns, eine Übergangslösung ohne Zeitverlust für Schulen und Vereine zu finden. Auch wenn dies mit Mehrkosten verbunden ist, plädieren die Freien Wähler für eine vorübergehende Ertüchtigung der Festhalle. Deren Platz halten wir für den geeignetsten Standort für eine neue Dreifeldhalle.

Die Verlagerung des Medienzentrums in die Innenstadt sieht unsere Fraktion nach wie vor als Aufwertung der Ebinger City. Angesichts der zu bewältigenden Pflichtaufgaben zählen wir diese Entscheidung momentan allerdings zur Kür.

Investitionsschwerpunkt sind und bleiben Bildung und Betreuung. Dennoch sind im U3-Bereich die Nachfragen immer noch höher als das Angebot. Vor allem im Stadtteil Onstmettingen ist der Neubau einer zentralen Kita so schnell wie möglich umzusetzen, in Truchteltingen wird der Kindergarten „Gänsbach“ modernisiert und erweitert. Es geht aber mehr als um eine quantitative Herausforderung. Wenn 2026 der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich wirksam wird, muss die Stadt als Schulträger die personellen und räumlichen Voraussetzungen schaffen. Wenn Kinder immer mehr Zeit in der Schule verbringen, müssen Gebäude und Schulhöfe entsprechend ausgestattet sein.

Seit Jahren betonen wir die Bedeutung der Digitalisierung. Im Lockdown haben Homeschooling und Homeoffice die Schwachstellen und den Handlungsbedarf deutlich gemacht und gezeigt, dass nach wie vor viel getan werden muss. Im Übrigen ist dies auch eine Forderung des Jugendforums, auf das ich gleich nochmals eingehen möchte.

Fast zwei Jahre Pandemie haben unseren mittelständischen Unternehmen, dem Einzelhandel, der Gastronomie, den Kommunen und uns als Gremium viel abverlangt. Durch teils großzügige Ausgleichszahlungen von Land und Bund konnten die schlimmsten Auswirkungen in manchen Bereichen abgefedert werden, die wirtschaftliche Lage bleibt aber unsicher und angespannt.

Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass eine Gruppe ohne Lobby ist: Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Gerade Familien standen und stehen unter enormem Druck. Als Folge leiden viele Kinder und Jugendliche unter Ängsten und Zwängen. Die Unterversorgung mit psychotherapeutischen und psychiatrischen Anlaufstellen in unserer Region wird sich nun fatal auswirken. Deshalb müssen wir auf kommunaler Ebene alle Ressourcen mobilisieren und verknüpfen, die wir haben. Die Freien Wähler begrüßen daher die erneute Aufstockung der Stellen für Schulsozialarbeit und fordern nach wie vor, die Angebote der offenen, aufsuchenden Jugendarbeit rasch zu erweitern. In Umfragen erklärten Jugendliche, dass sie nicht gehört werden und keine Wertschätzung erfahren. Daher ist die regelmäßige Durchführung des Jugendforums ein wichtiges Instrument der Beteiligung. Die dabei entstandenen Ideen und Kritik müssen wir annehmen und umsetzen.

Eine weitere Ressource sind unsere Vereine, die mit ihrer engagierten und vielseitigen Jugendarbeit ein wichtiger Anker für Kinder und Jugendliche sind. Auch das Ehrenamt wurde während der Pandemie von der Politik vernachlässigt. Sport, Kultur und Jugendarbeit waren nicht oder eingeschränkt möglich und viele Ehrenamtliche beendeten ihr Engagement. Wir sollten gemeinsam Strategien entwickeln, um unsere Vereine in dieser Krise zu unterstützen. Unser Antrag zur einmaligen Aufstockung der Zuschüsse für Jugendarbeit um 25% war nur ein erster Schritt.

Eine wertvolle, und – ganz wörtlich- niederschwellige Anlaufstelle ist das Familienzentrum der Evangelischen Kirche in Tailfingen. Hier zeigt sich, wie wichtig die Kooperation und Vernetzung aller Unterstützungsangebote und Akteure sind. Auch in Ebingen soll ein entsprechendes Angebot entstehen, was den Bedarf und den Erfolg des Familienzentrums deutlich macht.

Bündelung der vorhandenen Ressourcen zur Unterstützung von Kindern und ihren Familien war auch das Ziel des Antrags, den die Freien Wähler im Frühjahr gestellt hatten. An diesen Auftrag möchten wir nochmals erinnern. Lassen Sie uns gemeinsam Ideen und Konzepte entwickeln, wie wir Kinder, Jugendliche und ihre Eltern in dieser schwierigen Lage unterstützen können und dadurch Wertschätzung für ihren Anteil an der Bewältigung der Krise zeigen. Mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ stellt die Bundesregierung insgesamt 2 Mrd. Euro für Projekte zur Verfügung, Wir sollten auch für den sozialen Bereich Fördermittel abrufen!

Auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben unter den Folgen der Pandemie besonders gelitten. Auch sie sollten wir bei zukünftigen Entscheidungen und Planungen im Blick haben. Dringend sollten gemeinsam mit dem Landkreis der Ausbau von Pflegeeinrichtungen und Angeboten im ambulanten Bereich sowie der Entlastung pflegender Angehöriger angegangen werden.

Damit wären wir bei der nächsten Herausforderung, die wir im kommenden Jahr angehen müssen: der nachhaltigen Stadtentwicklung. Bei der Quartiersentwicklung sollten wir die Bedürfnisse von jungen Menschen, aber auch die älterer Bewohner, von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen und Menschen mit Einschränkungen berücksichtigen. Seit unser Bewegungsradius unfreiwillig eingeschränkt ist, ist die Aufenthaltsqualität unserer Städte noch bedeutender geworden. In allen Stadtteilen sollte Raum für Begegnungen geschaffen werden. Die Attraktivität der „Neuen Mitte“ in

Tailfingen zeigt sich durch die zunehmende Wohnbebauung. Mit dem neu eröffneten EDEKA-Markt wurde die Infrastruktur durch die Einkaufsmöglichkeit ergänzt. Und es ist in der Tat ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk, dass Albstadt 3,3 Mio Euro aus dem Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ für die Umgestaltung der Ebinger City erhalten wird, um gemeinsam mit dem Einzelhandel und Anwohnern ein passendes, nachhaltiges Konzept zu entwickeln.

Auch in Albstadt sind wir nicht von den Folgen des Klimawandels verschont geblieben. Die Menschen in den Stadtteilen Lautlingen und Laufen waren mehrfach von Hochwasser, verursacht durch Starkregen, betroffen. Gleichzeitig stellt sich die Albstädter Feuerwehr auf durch zunehmende Trockenheit bedingte Einsätze bei Flächenbränden ein. Wir müssen uns unserer ökologischen Verantwortung stellen und beispielsweise im Rahmen des Gebäudemanagements die energetische Sanierung unseres Bestands vorantreiben. Handlungsbedarf sehen wir vor allem beim Rathaus in Ebingen, die Planung eines Anbaus sollte daher zeitnah angegangen werden.

Die aktuell hohe Inzidenz hat den Kreistag bewogen, den Kreishaushalt erst im kommenden Jahr zu verabschieden. Noch ist geplant, dass der Hebesatz der Kreisumlage bei 27,5 Prozent belassen wird. Sicher ist jedoch, dass auch auf Kreisebene enorme Investitionen in die Infrastruktur anstehen.

Die Einführung eines einheitlichen Stadttarifs sehen die Freien Wähler als wichtigen Schritt zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Ein ganz wesentlicher Baustein für nachhaltige Mobilität ist der Ausbau und die Elektrifizierung des Schienennetzes mit dem „Jahrhundertprojekt“ Regionalstadtbahn. Ohne umzusteigen von Albstadt nach Tübingen oder Stuttgart fahren zu können, würde eine enorme Verbesserung der Infrastruktur bedeuten. Wir hoffen, dass bald belastbare Zahlen und ein Zeitplan vorgelegt werden können.

In der Pandemie ist die Bedeutung einer wohnortnahen, bedarfsgerechten medizinischen Versorgung drastisch unterstrichen worden. Nicht auszudenken, wie schlimm die Lage im Zollernalbkreis ohne das Zollernalbklinikum als Anlaufstelle und Ansprechpartner vor Ort gewesen wäre- und noch sein wird. Ein modernes, zukunftsfähiges Zentralklinikum ist eine ganz wesentliche Investition in unsere Infrastruktur. Die Kosten sind eine Herausforderung, aber nur so bleibt das Klinikum für die dringend benötigten Fachkräfte im ärztlichen und pflegerischen Bereich attraktiv.

Allein diese beiden Projekte werden mittelfristig eine Erhöhung der Kreisumlage erforderlich machen. Auch die Investitionen, die in Albstadt getätigt werden müssen, um unsere Stadt zukunfts- und wettbewerbsfähig weiterzuentwickeln sind hoch und erfordern gleichzeitig Mut, Visionen, Disziplin – und Geld.

Die Summe der Aufgaben zwingt uns, die Finanzierung generationengerecht zu stemmen. Seit 2018 verzichtet die Mehrheit dieses Gremiums bewusst auf Investitionshilfen aus dem Ausgleichsstock, obwohl das Rechnungsprüfungsamt regelmäßig darauf hingewiesen hat, dass eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes die Voraussetzung für eine Zuweisung sei. Gerade wer den Abbau des Investitionsstaus oder Anschaffungen fordert, sollte auch Finanzierungsmöglichkeiten benennen.

Die Freien Wähler begrüßen daher, dass die Verwaltung nach 38 Jahren eine Anpassung des Hebesatzes vorgeschlagen hat. Um angesichts der erforderlichen Investitionen handlungsfähig zu bleiben, ist dieser Hebesatz zu niedrig. Daher befürworten wir, wie im gemeinsamen Antrag begründet, mehrheitlich eine Erhöhung auf 360 Prozentpunkte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Damen und Herren, beinahe zwei Jahre Pandemie haben uns und unsere Arbeit geprägt, Missstände verdeutlicht, Gräben gezogen, Brücken gebaut und die Verwaltung vor Aufgaben gestellt, die vor wenigen Monaten unvorstellbar waren. Homeoffice, Durchsetzung von Corona-Regeln, Planung und Durchführung von Testangeboten und Impfaktionen fordern Ihnen viel ab.

Wie danken Ihnen für Ihren Einsatz, Ihre Flexibilität und das gute Miteinander. Herr Pannewitz, herzlichen Dank für die Erstellung des Haushalts und die regelmäßigen Präsentationen und Erläuterungen der aktuellen Zahlen. Wir werden Sie und Ihre ruhige, kompetente Art sehr vermissen.

Unser Dank geht auch an alle, die sich in unserer Stadt an ihrem Platz mit ihrer Kompetenz für andere eingesetzt haben, ob als Pflegekräfte in Krankenhäusern oder Seniorenheimen, im Verein oder Nachbarschaftshilfe oder in anderen ehrenamtlichen Bereichen.

Bleiben wir zuversichtlich, dass sich möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger impfen lassen und wir so gemeinsam zu „Wellenbrechern“ werden. Hoffen wir, dass wir den nächsten Haushalt dann wieder im Sitzungssaal des Rathauses verabschieden können.

Die Fraktion der Freien Wähler wird dem Haushalt 2022 zustimmen.

Manuela Heider für die Fraktion der Freien Wähler

Es gilt das gesprochene Wort.